



DIE ARMUTSKONFERENZ.

ÖSTERREICHISCHES NETZWERK GEGEN ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Wien, 1. Juni 2015

Stellungnahme der Armutskonferenz: Enquete-Kommission zur Stärkung der Demokratie

Wir begrüßen die Zielsetzung der Enquete-Kommission zur Stärkung der Demokratie und unterstützen eine stärkere BürgerInnenbeteiligung und die Modernisierung parlamentarischer Abläufe sowie die Aufwertung parlamentarischer Arbeit.

Die Armutskonferenz setzt sich weniger für Elemente direkter Demokratie – die tendenziell minderheitenfeindlich und sozialen Randgruppen noch weniger Gehör verschaffen- ein, als vielmehr für eine massive Stärkung von partizipativen Instrumenten der Mitbestimmung von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen.

Für mehr Teilhabe hat die Armutskonferenz, das österreichweite Netzwerk aus 41 sozialen Organisationen, Bildungseinrichtungen und Selbsthilfeinitiativen, ihre Erfahrungen gesammelt und Vorschläge ausgearbeitet. Die in der Armutskonferenz zusammengeschlossenen sozialen Organisationen beraten, unterstützen und begleiten über 500.000 Menschen im Jahr.

Strukturierte Einbindung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen

Große Herausforderungen finden sich bei Mitbestimmung und Partizipation Armutsbetroffener. Für eine bessere BürgerInnenbeteiligung müssen mit neuen

Anton-Proksch-Institut
Arbeiter Samariter Bund Österreich
Autonome Österreichische Frauenhäuser
ASB Schuldnerberatungen GmbH
Bundesdachverband für Soziale Unternehmen
Bundesjugendvertretung
Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit
Caritas Österreich
Dachverband Berufliche Integration
Diakonie Österreich
Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung
Evangelische Akademie Wien
Fian Österreich
Forum Kirche und Arbeitswelt
Die Heilsarmee
Jugendrat der Islamischen Glaubensgemeinschaft
Katholische Aktion Österreich
Katholischer Familienverband Österreichs
Katholische Frauenbewegung Österreichs
Katholische Sozialakademie Österreichs
Kolping Österreich
Netzwerk Österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen
Neustart, Bewährungshilfe, Konfliktregelung und soziale Arbeit
Österreichische HochschülerInnenschaft
Österreichische Plattform für Alleinerziehende
Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen
Österreichischer Gewerkschaftsbund / Frauenabteilung
Österreichischer Verein für Drogenfachleute
Österreichisches Rotes Kreuz
Plattform Sichtbar Bleiben
pro mente austria
SOS Mitmensch
St. Virgil Salzburg
TelefonSeelsorge
Verband der österreichischen Tafeln
Vertretungsnetz:
Sachwalterschaft, Patienten-anwaltschaft & Bewohnervertretung
Vinzenznetzwerk
Volkshilfe Österreich
Wiener Hilfswerk
Regionale Armutnetzwerke
• Salzburg
• Oberösterreich
• Kärnten
• Vorarlberg
• Wien

DIE ARMUTSKONFERENZ, Herklotzgasse 21/3 1150 Wien Austria,
office@armutskonferenz.at

Die ERSTE, IBAN: AT112011128726280500, BIC: GIBAATWWXXX, ZVR Nr. 012358276

1/3





DIE ARMUTSKONFERENZ.

ÖSTERREICHISCHES NETZWERK GEGEN ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Partizipationsprojekten besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppen eingebunden werden. Da braucht es Instrumente und Verfahren, um diese Expertise auch in die politischen Entscheidungsstrukturen einfließen zu lassen: im Verwaltungsrat des AMS oder in Beratungsgremien für MinisterInnen oder in Strategieforen der Gesundheitsbehörden oder in Programmen der Gemeinden. Sie können Einblicke und Lösungen erbringen, an die vorher nicht gedacht wurde. Sie beteiligen Bürgerinnen und Bürger aller Schichten, Einkommen und Herkunft an entscheidenden Fragen des Gemeinwesens. Nach diesem Vorbild können auch benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu Wort kommen: Menschen mit Behinderungen, Armutsbetroffene, Erwerbslose, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. Die Unterstützung von Selbstorganisation und der Bildung von Selbsthilfegruppen ist hier aber zentrale Voraussetzung für Partizipation und Mitbestimmung.

Bürgerräte (wie zur Zeit in Vorarlberg erprobt), können Einblicke und Lösungen erbringen, an die vorher nicht gedacht wurde. Entscheidend ist hier aber auch, ob wirkliche alle, - also auch Einkommensarme- vorkommen dürfen. Weitere Instrumente dafür sind **Gesprächsforen**, in denen benachteiligte Bevölkerungsgruppen mit Behörden- und InstitutionenvertreterInnen in Dialog treten. Oder **Methoden des Forumtheaters**¹ um „Szenen des eigenen Lebens“ zu spielen und anderen verständlich zu machen. Erfahrungen dazu haben in Österreich besonders die **Plattform „Sichtbar Werden“**² Armutsbetroffener gesammelt. Die Unterstützung von Selbstorganisation und der Bildung von Selbsthilfegruppen ist hier zentrale Voraussetzung für Partizipation und Mitbestimmung.

¹ Interact: http://www.armutskonferenz.at/index.php?option=com_content&task=view&id=422

² Plattform „Sichtbar Werden“

http://www.armutskonferenz.at/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=65&Itemid=164



DIE ARMUTSKONFERENZ.

ÖSTERREICHISCHES NETZWERK GEGEN ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Rechtsschutz: gleicher Zugang zum Recht

Bei Verwaltungsreform und Demokratiepaket dürfen diejenigen nicht vergessen werden, die eine gute Verwaltung und gleichen Zugang zum Recht am meisten brauchen. Gerade bei Menschen, die sich selbst nicht ausreichend vertreten können, sind verbesserte Rechtsschutzangebote dringend erforderlich.

Was es jedenfalls braucht, sind unabhängige Stellen, die über eine beratende Funktion hinaus den Charakter von "Rechtsdurchsetzungsagenturen" haben. Sie müssen der Ort sein, wo sich potentiell Anspruchsberechtigte vor einer Antragstellung über ihre Rechte informieren können, und wo sie später auch die Rechtmäßigkeit ihres Bescheids überprüfen lassen können. Diese Beratungs- und Rechtsdurchsetzungsagenturen müssen mit der Kompetenz ausgestattet sein, im Auftrag ihrer KlientInnen gegen Bescheide zu berufen.

Expertise und Erfahrung

Die Expertise und Erfahrung von gemeinnützigen Organisationen sollte gezielt genutzt werden. Die "Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung" (Ministerratsbeschluss Bundeskanzleramt, 2009) können verpflichtend zur Einbindung bei politischen Prozessen auf nationaler sowie EU-Ebene verwendet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Martin Schenk

für das Koordinationsteam der Armutskonferenz

Meine Stellungnahme zur Enquete-Kommission betreffend Stärkung der Demokratie in Österreich:

Politik ist viel zu gefährlich um sie alleine den Politikern zu überlassen, daher befürworte ich auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene mehr direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild.

Ich stimme der Veröffentlichung meiner Stellungnahme auf der Website des österreichischen Parlaments zu. Ich kann meine Zustimmung zur Veröffentlichung jederzeit widerrufen.

Rudolf Setzer

Ich begrüße diese Enquete sehr, ich wäre auch für mehr direktes Mitspracherecht, vor allem im Bereich der Bildung sowohl in Grundstufe als auch Oberstufe, weil im jetzigen Bildungssystem hat der Bürger wenig mitzureden, daher wünsche ich mir:

Mehr Mitsprache von Schülern und Eltern
Mitgestaltung des Lehrplanes durch die Schüler
Modulweises Lernen schon in der Unterstufe
Schüler-zentrierter Unterricht (nach klientenzentriertem Modell)

Auch in anderen bundes-oder landespolitischen Angelegenheiten kann ich mir eine direktere Mitsprache der Bevölkerung, ähnlich wie in der Schweiz gut vorstellen.

(einer etwaigen Veröffentlichung stimme ich zu)

Mit freundlichen Grüßen

Birgmayr Christiana, NÖ

**Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten
unserer geschätzten Republik Österreich!**

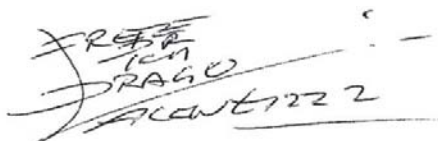
Mit großem Interesse habe ich, als persönliche Premiere via Livestream,
Ihre letzte Enquetesitzung zur Stärkung der Demokratie in Österreich,
mit dem Thema Politik-Medien-Bürgerinnen und Bürger, verfolgt.

Das, obwohl ich, wie der Großteil aller schon über vierzigjährigen ÖsterreicherInnen,
mit den technischen Möglichkeiten der heutigen Zeit leider nicht allzu besonders vertraut bin.
Da ich mich zudem, per Multitasking lieber nicht interaktiviere, war ich wohl etwas überfordert
um mich auch entsprechend an der Diskussion über Twitterwal zu beteiligen;
was zwischendurch ja ohnehin keinen besonders ernstzunehmenden Charakter hatte.
Meine Aufmerksamkeit habe ich daher gerne auf die sehr interessanten Beiträge gerichtet!

Ich finde es übrigens auch sehr bedauerlich, daß es, wie von Herrn Präsident Karl Heinz Kopf
mehrfach erwähnt, bislang leider nur zehn schriftliche Stellungnahmen zur Demokratieenquete gibt.
Ich sehe mich diesbezüglich veranlaßt mein vollstes Verständnis für diese Information auszudrücken,
wie aber auch das Ihnen übertragene Veröffentlichungsrecht für mein Schreiben vom 15. April
zurückzunehmen, das vor allem darauf beruht, vor der Enquete leider nicht realisiert zu haben
daß meine Stellungnahme vom Karfreitag auch angekommen und veröffentlicht worden ist.
Es ist mir nun paradoxer Weise, allerdings fast ein Bedürfnis mich für mein besonderes Interesse
an der Stärkung der Demokratie zu rechtfertigen, was wohl darin begründet liegt, daß ich mich,
wegen meines politischen Engagements vor langer Zeit, mit Vorurteilen und Benachteiligungen aus
verschiedensten Richtungen konfrontiert fühlte und mich damals genötigt sah mich aus dem
politischen Leben (zuletzt als Obmann der überparteilichen Arbeitsgemeinschaft Kärnten)
vollkommen zurückzuziehen. Da aber ein Leben ohne Politik, in welcher Form auch immer,
gar nicht möglich ist, ist mir immer mehr bewußt geworden daß die Politikverdrossenheit im Grunde
eine Realitätsverdrossenheit ist, die meiner Ansicht nach vor allem von einem, durch die
gesellschaftliche Positionierung der politischen Parteien sowie auch diverser wirtschaftlicher
Machtblöcke ausgelösten, feindlichen Konfrontationsmechanismus ausgeht.
Ich bin aber vollkommen davon überzeugt daß allen demokratischen Parteien
das Wohl der gesamten Bevölkerung am Herzen liegt
und niemand grundsätzlich, irgendwelche Feindseligkeiten schüren will!
Aus diesem Grund ist es mir ein großes Anliegen, so gut es geht,
mit meinen bescheidenen Möglichkeiten, etwas zum Demokratiebewußtsein
und allgemeinen zwischenmenschlichen Frieden beizutragen!
Ich hoffe Ihnen mit meinen Gedanken als einfacher Mensch und Wähler zu dienen und eine kleine,
konstruktive Anregung, für Ihr Tätigsein im Namen der Republik Österreich, bieten zu können.

In großer Wertschätzung für Ihre Arbeit, verbleibe ich
mit den besten Wünschen

Ihr

Handwritten signature in black ink, appearing to read 'FRANZISKA RAGO' with a stylized flourish below it.

in Innsbruck am 19. April 2015

Meine Stellungnahme zur Enquete-Kommission betreffend Stärkung der Demokratie in Österreich:

einfach:

Abschaffung des Parteienproporz, Parteibuchwirtschaft, Besetzen der Posten nach Parteizugehörigkeit, uvam.

Zugang für ALLE Bürger und Bürgerinnen am politischen, demokratischen Geschehen, Verbesserung der Kommunikation und Information, ..., LIFE PARLAMENT, jedoch zu Zeiten wo die Bürger und Bürgerinnen dran teilnehmen können,

LIFE Diskussionsrunden mit Bürger und BürgerInnen,

Bürgerforen,

Bürgerinitiativen ernst nehmen,

mehr Mitsprache der Bürger bei wichtigen Entscheidungen,

Volksbefragung, Volksbegehren,, kann heute auch schon ONLINE gemacht werden

Wahlsystem verbessern, uvam.

ALLES, was in all den Jahren versäumt wurde, wo quasi der KARREN im DRECK gefahren wurde, das ALLES gehört aufgearbeitet, eingestellt, abgestellt, verbessert

Artikel 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG) bestimmt, dass Österreich eine demokratische Republik ist, in der das Recht vom Volk ausgeht.

Das demokratische Prinzip hat zwei wesentliche Inhalte:

Einrichtungen und AmtsträgerInnen des Staates müssen jede ihrer Entscheidungen und Handlungen gegenüber **ALLEN** BürgerInnen verantworten.

Die politische Freiheit aller BürgerInnen soll verwirklicht und gesichert werden. Alle BürgerInnen sollen sich frei an der politischen Meinungsbildung und an Wahlen beteiligen können, jeder soll die Möglichkeit haben, auch selbst politisch aktiv zu werden.

Gott zum Gruße

harald maschiner

Sprecher der/des PGP

Ich stimme der Veröffentlichung meiner Stellungnahme auf der Website des österreichischen Parlaments zu. Ich kann meine Zustimmung zur Veröffentlichung jederzeit widerrufen.

Meine Stellungnahme zur Enquete-Kommission betreffend Stärkung der Demokratie in Österreich:

Sehr geehrte Damen und Herren

Demokratie heißt Volksherrschaft, die Herrschaft des Volkes, und net
PARTEIENHERRSCHAFT,

in all den Jahren habe ich die Entwicklung der Demokratie verfolgt, und in all den Jahren ist es immer schlechter und schlechter geworden,
Parteienproporz, Bürokratie, Freunderlwirtschaft, Parteienwirtschaft haben die Oberhand, und das öffnet TÜR und TOR der Korruption.

Wenn heute sich die Menschen in einem Land, von der Demokratie, der Politik abwenden, dann müssen doch bei ALLEN Parteien die ALARMGLOCKEN läuten,
oder wollen sie wieder eine REVOLUTION heraufbeschwören,
wo dann linke wie rechte wieder gegeneinander losgehen, hm?

Sind Sie DUMM?

Nun, WIR sagen immer:

Dumme Menschen gibt es nicht, nur zu viele Unwissende, doch bei manchen nehme ich mir das RECHT heraus, sie zu einer Ausnahme zu zählen.

Demokratie ist ein immer wähernder, anhaltender Prozess, der es erfordert mit dem VOLK zu gestalten, auf die Bedürfnisse der Menschen zu achten, darauf einzugehen, sie ein zuladen mitzugestalten, in wichtigen Fragen,, auf einer AUGENHÖHE sein
und das wird nicht gemacht, da wird über das Volk hinweg bestimmt, ohne wenn und aber, und die aus dem VOLK, die Mehrheit muss die „KROT dann schlucken“.

Sie ALLE, die Sie in den Parlamenten sitzen, sie ALLE sind bekannt, auch ihre Herkunft, ihre Lebensläufe, wenn man so will, und doch ist kaum einer dabei, der wirklich ernsthaft über ALLES nachdenkt, denn man auch zutrauen könnte, das Volk im Sinne der wahren Demokratie zu führen, zu leiten,

Alles nur „Dampfplauderer“ nichts sagend, wenn ich mir ihre Argumente, Aussagen anhöre, sie fördert nur IHRE INKOMPETENZ zu Tage, und das ist das traurige dabei, dass sie so, dazu beitragen, dass das schöne Land Österreich, buchstäblich „vor die Hunde“ geht.

1. Artikel B-VG(Bundesverfassungsgesetz):

Österreich ist eine demokratische Republik.

Ihr Recht geht vom Volk aus.

(Das Recht in einem Rechtsstaat gilt für ALLE, auch für die „gewählten Volksvertreter“ – wir wissen, dass es da nicht demokratisch zugeht, Parteilisten, Kandidatenlisten, AMTERLVERGABE – wie gesagt, geschrieben in einem Rechtsstaat gilt das Recht für ALLE auch für JENE die es beschlossen haben im Parlament)

Mit diesem Artikel ist ALLES gesagt, das VOLK sollte sich dessen nur bewusst sein, bewusst werden, und glauben Sie mir JETZT eines, wir sorgen schon dafür, dass sich das VOLK wehrt, gegen KORRUPTION, gegen Ungerechtigkeit, gegen Unmenschlichkeit

und für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit einsetzt.

Gerechtigkeit impliziert auch noch:

Menschlichkeit, Menschenwürde, Chancengleichheit, Fairness, Fairtrade,, gerechte(re) Verteilung

WIR werden mit einigen ins Gericht gehen, die da denken, sie könnten weitermachen, wie bisher, denn es ist, wie es ist, Fakt ist, der SPREU trennt sich nun mal vom WEIZEN.

Sie können diesen Schreiben, zum Anlass nehmen, das WIR ERWACHT sind,, und das WIR der WAHRHEIT auf den Grund gehen, die WAHRHEIT ans Licht fördern, und aufklären, aufdecken über die dunklen Machenschaften, Geschäfte in und um die Regierungen.

Gott zum Gruße
harald matschiner
Sprecher der/des PGP

Ich stimme der Veröffentlichung meiner Stellungnahme auf der Website des österreichischen Parlaments zu. Ich kann meine Zustimmung zur Veröffentlichung jederzeit widerrufen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Schon seit längerer Zeit frage ich mich, warum die Möglichkeiten der Informationstechnologie zwar - eigentlich verfassungswidrig - dazu führen, dass wir ohne persönliche Wahlmöglichkeit immer mehr zu "gläsernen Menschen" gemacht werden, die wertvollen Potentiale der IT für die Politik und eine direktere Demokratie aber noch weitgehend ungenützt bleiben.

Die traditionellen Werkzeuge der direkten Demokratie sind verstaubt, teuer, wenig effizient und haben ihre Glaubwürdigkeit verloren. Das ist aus meiner Sicht auch ein Grund für Politikverdrossenheit und dafür, dass sich bei dieser Enquete-Kommission so wenige beteiligen. Die traditionellen Medien streben nach Einschaltquoten und bedienen mit reißerischen Schlagzeilen und Berichten vor allem das Bedürfnis nach Unterhaltung. Auch die Politik verkommt zum Unterhaltungsprogramm.

Doch es gibt mittlerweile völlig neue Möglichkeiten. Die Gesetzgebung ist nicht mehr auf die traditionellen Medien als Transportmittel angewiesen, es ist auch möglich, über das Internet direkt zu berichten und mit den Bürgern in Kontakt zu treten.

Dass die Zeit dafür reif ist zeigen im Rahmen dieser Enquete-Kommission auch ganz besonders die Forderungen seitens der älteren Generation, E-Voting einzuführen und das Internet stärker zu nutzen.

Selbstverständlich steckt die praktische Umsetzung in den Kinderschuhen und man wird Erfahrungen sammeln müssen, wie man elektronische Plattformen am besten gestaltet, um eine faire, sachliche, demokratische und übersichtliche Diskussion auf breiter Ebene zu erhalten, die ein wertvoller Input für eine praxisnahe Gesetzgebung sein kann.

Mögliche Rahmenbedingungen wären:

- Slow-Down: Nicht die neuesten Beiträge werden oben angezeigt, sondern jene, die das beste Verhältnis von „Zustimmung“ zu „Ablehnung“ aufweisen und nicht wegen einem Mindestanteil von „Disqualifizierungen“ aufgrund von Unsachlichkeit oder Themenverfehlung ausgeschieden wurden.
- klar definierte, lange Laufzeiten pro Thema (ca. 12 Monate)
- nur Beiträge mit positiver und dauerhafter Unterstützung vieler Teilnehmer qualifizieren sich für die Beantwortung durch Politiker und Experten oder für die Aufnahme als neues Forum-Thema.
- einfache und übersichtliche Gestaltung
- Beiträge können durch die Verfasser wieder gelöscht, abgegebene Stimmen wieder zurückgezogen werden
- Anonymität nur in Ausnahmefällen, wer aktiv postet sollte auch Angaben zu seinem beruflichen Hintergrund machen
- klare Definition der Teilnahmeberechtigung, ev. Anknüpfung an ein Wählerverzeichnis, verpflichtende Ausweiskontrolle vor Freischaltung des Accounts
- Politiker und Experten unterliegen keinem Limit, Bürger haben ein monatliches Wort-Limit, so dass Personen, die voll im Beruf stehen und deshalb weniger Zeit aufbringen können, nicht benachteiligt werden
- Die Regeln und die Gestaltung der Plattform dürfen auch selbst zu einem Thema der Plattform werden

Klar ist für mich, dass die repräsentative Demokratie noch lange nicht ausgedient hat. Es braucht immer mutige und fähige Repräsentanten, die den Willen der Bürger aus der virtuellen in die wirkliche Welt übertragen und die uns auch international gut vertreten.

Um eine solche elektronische Bürgerbeteiligung ins Leben zu rufen, ist keine Gesetzesänderung notwendig. Denn eine derartige Plattform kann als eine politische Partei auftreten, die jene Bevölkerungsgruppe vertritt, die bereit ist, die nötige Zeit aufzubringen und sich direkt zu beteiligen.

Eine Partei, die sich dazu bekennt, den Willen der Bevölkerung im Verhältnis der jeweiligen virtuellen Abstimmungsergebnisse auch ins Parlament zu tragen. Je nachdem, wie wertvoll dieser Beitrag in den Augen der Wähler ist bzw. wie gut das funktioniert, wird auch der Wahlerfolg ausfallen. Sicher wird es für den Erfolg einer elektronischen Bürgerbeteiligung auch wesentlich sein, wer eine solche Plattform ins Leben ruft.

Bei aller Offenheit der IT gegenüber muss die Möglichkeit der „echten“ und leicht nachvollziehbar anonymen Wahl aber immer erhalten bleiben, um unsere Demokratie nicht zu gefährden. Und das ist aus meiner Sicht nur der Fall, wenn Briefwahl und elektronische Wahl die Ausnahme bleiben und die überwiegende Mehrheit zu den Wahlterminen ganz klassisch per Stimmzettel wählt!

Mit freundlichen Grüßen,
Mag. Karin Pargfrieder

Ich stimme der Veröffentlichung der Stellungnahme auf der Website des österreichischen Parlaments zu.

Meine Stellungnahme zur Enquete-Kommission betreffend Stärkung der Demokratie in Österreich:

Sehr geehrte Enquete-Kommission zur Stärkung der Demokratie

Sie sollten bei der Modellierung eines Konzeptes zur direkten Demokratie bedenken, was in den meisten Demokratien falsch läuft: zu großer Abstand zwischen Politikern und dem Volk, und viele Kompromisslösungen welche teilweise mehr Nachteile als Vorteile haben.

Deswegen ist der Radius der Abstimmungen entscheidend. Wenn ein ganzer Staat, acht Millionen Menschen (und das ist noch ein kleiner Staat) über ein Gesetz abstimmt gibt es zwangsläufig bei den meisten Abstimmungen mindestens 10 % die mit dem Ergebnis unzufrieden sind, und das sind immerhin fast 1 Million Menschen, dies sollte man immer im Auge behalten. Deswegen sollten die Bürger deren Gesetze auf Gemeindeebene wählen und Verfassen. Sie werden jetzt vielleicht denken, das dies zu großer Juristischer Unordnung führt, da jede Gemeinde für alles eine andere Regel hat, doch ich denke , dass sich die Gesetze in kaum einer Weise unterscheiden werden, vor allem in Nachbargemeinden. So wie auch viele Staaten für vieles gleiche Gesetze haben, und höchstens ein paar Zahlen anders sind. Außerdem wird sich mit der Zeit zeigen, welches Gesetz am Wirkungsvollsten ist, und andere Gemeinden werden dieses dann übernehmen. Auch werden die Leute dann in ihrem eigenen Staat weniger Steuern hinterziehen, da sie leichter Nachvollziehen können was in der Gemeinde damit gemacht wird, und jedem der Steuern hinterzieht wird vorgeworfen die Kommune zu schädigen, wohingegen jetzt bloß das Finanzamt geschädigt wird, womit die meisten kein Problem haben. Also, geben Sie den Gemeinden mehr Souveränität, ich würde sogar so weit gehen und die Gemeinden mit dem Staat auf eine Stufe zu stellen, dass diese alles machen können. Eigene Währung, eigene Armee et cetera, wirklich alles. Aber natürlich auch die Anerkennung des Obersten Gerichtshofes, des Europäisches und des Internationalen Gerichtshofes. Und sollte eine Gemeinde, ausgestattet mit all diesen Rechten aus der Reihe tanzen, was wahrscheinlich nicht der Fall sein wird, kann man dies immer noch Sanktionieren.

Ich stimme der Veröffentlichung meiner Stellungnahme auf der Website des österreichischen Parlaments zu. Ich kann meine Zustimmung zur Veröffentlichung jederzeit widerrufen.

Meine Stellungnahme zur Enquete-Kommission betreffend Stärkung der Demokratie in Österreich:

Sehr geehrte Bürgerinnen, sehr geehrte Parlamentarierinnen

Ich möchte im Namen von mehr demokratie! noch einigen Argumente bzw. Antworten auf Argumente in der letzten Sitzung einbringen.

1. Soziale Gerechtigkeit

- V.a. Vertreter der SPÖ (Josef Cap, Peter Wittmann) betonten die Wichtigkeit der sozialen Gerechtigkeit und ihre Verwirklichung im parlamentarischen Prozess. Das Parlament könne besser als die Bevölkerung in Volksabstimmungen auch die sozial Schwachen vertreten, so das Argument. Warum ist dann die SPÖ <http://oe1.orf.at/artikel/377174> , die AK und der ÖGB für Vermögenssteuern nach Schweizer Vorbild eingetreten? In der Schweiz ist jedes (Verfassungs)gesetz vom Volk auch so gewollt, weil jederzeit eine Initiative oder ein Vetoreferendum v.a. auch auf die Steuergesetzgebung Einfluss nehmen kann. Daher will der Schweizer Souverän offensichtlich relativ hohe Vermögenssteuern und niedrigere Steuern auf andere Bemessungsgrundlagen. Also in der Schweiz war die direkte Demokratie offensichtlich kein Hinderungsgrund für (höhere) Vermögenssteuern.
- In der Schweiz lehnen die großen Interessensvertretungen die direkte Demokratie nicht ab, sondern versuchen mit deren Mitteln ihre Interessen durchzusetzen. <http://www.sgb.ch/aktuell/> 3 mal Ja zu anstehenden Volksabstimmungen am 14. Juni. Konträr: http://www.economiesuisse.ch/de/Seiten/_default.aspx
- In Österreich wird auch in dieser Enquete permanent der „Fehler“ gemacht, dass mögliche unliebsame Entscheidungen als Gegenargument zur DD verwendet werden. Das spräche aber auch gegen den Parlamentarismus oder die Demokratie an sich. In jeder Form von Demokratie können Entscheidungen getroffen werden, die mir persönlich nicht genehm sind, wird deswegen Demokratie abgelehnt?

2. Kosmetik oder Demokratiereform

- Die vorliegenden Pläne von ÖVP, SPÖ und Grünen (gemeinsamer Antrag 2177 A) läuft auf nur kosmetische Verbesserungen der direkten Demokratie hinaus. Hier wurde von Vertretern der Regierungsparteien behauptet, dass die Bevölkerung nicht mehr wolle, nur die bestehenden Instrumente etwas verbessert werden soll. Aber speziell in der Frage der direkten Demokratie, bei der Wille des Souveräns in der Sache entscheiden können soll, ist es notwendig diesen Willen unmittelbar zu ermitteln. Deswegen unser Vorschlag eine wirklich repräsentative Meinungsumfrage zu jenen Details der direkten Demokratie durchführen, über die sich die Parteien bisher nicht einigen konnten.
 - o Höhe der U-Anzahl
 - o Verbindlichkeit (Befragung oder Volksabstimmung)
 - o Initiativrecht oder/und Vetoreferendum

- Wer formuliert die Abstimmungsfrage
- Wer soll Volkabstimmungen initiieren können, Parlament, Regierung oder Bevölkerung?
- Gibt es Themen die nur der Politik, nur dem Volk vorbehalten sind oder können beide über alles abstimmen, was auch der andere abstimmen kann?
- Brauchte es Beteiligungsquoten, wenn ja, wie hoch und dann auch für Wahlen oder doch nur für DD?
- Was sagen die Wähler der Parteien und die Mitglieder der Interessensvertretungen zu den obigen Fragen?

Ich hoffe, dass der Wunsch nach einer repräsentativen Regelung und Reform der DD in Österreich möglichst 1:1 in einem neuen (Verfassungs)gesetz abgebildet wird. Der Wille der Bevölkerung sollte hier entscheidend sein.

Mit freundlichen Grüßen

Erwin Mayer

Mehr demokratie!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zu Ihrer aktuellen Arbeit zur "Stärkung der Demokratie in Österreich" möchte ich Ihnen den „Freitraum der Demokratie“, den ich am Aschermittwoch 2014 an alle Nationalratsabgeordnete verschickt habe, in Erinnerung rufen, welcher sich auf unser Grundprinzip „Österreich ist eine demokratische Republik, ihr Recht geht vom Volk aus“ bezieht.

Geschichtlich betrachtet ist das Volk bzw. dessen Mitglieder allerdings immer wieder dazu genötigt, sich in politischen Auseinandersetzungen, ausgrenzend gegenüber Angehörigen sich widersprechender Parteien stellen zu müssen, um so der gewählten, eigenen Gesinnungsgemeinschaft, in längst überholter Konsequenz, eine Alleinregierung oder Diktatur zu ermöglichen und andere Weltanschauungen in die Bedeutungslosigkeit zu drängen. Solche Mechanismen führten in Österreich zuletzt vor rund 80 Jahren zu einem Bürgerkrieg und weltweit leider immer wieder zu allseits bekannten, äußerst traurigen kriegerischen Auseinandersetzungen mit unzähligen Toten und sehr leidvollen Flüchtlingsströmen.

Können wir dem friedlichen Zusammenleben und der Demokratie nicht mehr Wertschätzung entgegenbringen, wenn sich die einzelnen Wählerinnen und Wähler nicht bei jeder Wahl gegeneinander positionieren müssen, sondern durch eine einfache unkomplizierte Änderung im Wahlmodus, hin zu einem „Wertungswahlrecht“, die Möglichkeit bekommen, im gemeinsamen, konstruktiven Meinungsaustausch, die 100% der eigenen Stimme, nach individuellem Gutdünken schon bei der Wahl, persönlich auf die gegebenen Möglichkeiten aufzuteilen.

In dieser Weise, mit Ausnahme von Präsidenten- oder sonstigen Direktwahlen, könnte die gesamte Bevölkerung auch Vorzugsstimmen in allen Parteienlisten verteilen und je nach gegebener, weiterentwickelter Wahlrechtsstruktur, auch die gesamte parlamentarische Volksvertretung mitgestalten und legitimieren.

Auf diese Art wäre es wohl auch wieder attraktiver sich aktiv für eine Partei zu engagieren!

Ein direkterer demokratischer Meinungsbildungsprozess könnte sich dadurch schon in den herkömmlichen politischen Strukturen ergeben, wodurch der Bevölkerung idealerweise auch eine übermäßige Zahl an Volksbefragungen erspart bleiben kann.

Ein derartiges „Wertungswahlrecht“ würde die jeweiligen Wahlergebnisse wohl nicht maßgeblich verändern, aller Wahrscheinlichkeit nach aber ein friedlicheres Miteinander fördern, sowie die einzelnen Parteien vielleicht auch besser motivieren sich auf politische Inhalte zu konzentrieren, wodurch sich letztendlich auch das politische Interesse in der Bevölkerung und daraus resultierend auch die Wahlbeteiligung steigern kann.

Mit Hochachtung und großem Respekt der Arbeit und Leistung des österreichischen Parlaments und aller VolksvertreterInnen gegenüber wünsche ich Ihnen viel Erfolg für die Weiterentwicklung und Stärkung unserer österreichischen Demokratie!

Frohe Ostern, einen produktiven ausgleichenden Geist, Gesundheit, Kraft, positive Resonanzen, Mut, viel Zuversicht,
Glück und Freude für eine friedliche Zukunft!

Ihr Friedrich Drago Valentini

have a Dream! - habe einen Traum!

F r e i T r a u m der Demokratie

Träumen wir davon in einer demokratischen Gesellschaft zu leben, in der politisches Interesse und parteiliches Engagement frei von jenem Zwang ist, sich automatisch gegen andere Weltanschauungen zur Wehr setzen zu müssen!

Träumen wir uns in eine Welt, in der wir alle miteinander eine gemeinsame Zukunft gestalten und erleben können!

So viele verschiedenartigen Perspektiven es auch gibt,
so sehr hat sich in der Entwicklung

der Menschheit auch gezeigt, dass sich die Welt in ständiger dynamischer Veränderung befindet und alle Versuche sie in eine starre eindeutige Form zu zwingen, eben daran scheitern, dass sie von Natur aus sehr viele unterschiedliche Aspekte beinhaltet und berücksichtigen muss.

Das wichtigste Werkzeug zur demokratischen „Weltraumgestaltung“ ist wohl

das Wahlrecht, das sich ja in seiner geschichtlichen Veränderung bemerkenswert positiv entwickelt hat und wohl noch wird.

Im Bewußtsein über die mühsamen, global immer noch nicht abgeschlossenen Errungenschaften, darüber wer nun wählen darf und die traurige Tatsache wie viele dieses Recht gegenwärtig nützten, ist es wohl an der Zeit sich auch darüber Gedanken zu machen wie und was man wählen kann!

Warum haben wir eigentlich nur die eine Wahl, uns sozusagen gegen die Mehrheit aller Mitmenschen zu entscheiden weil sie nicht die gleiche Meinung vertreten wie die eine von uns gewählte Partei?

Ist ein gegen alle anderen Parteien gerichteter WahlKAMPF, nicht schon mit einem sehr abgeschwächten Bürgerkrieg vergleichbar?

Können wir dem friedlichen Zusammenleben und der Demokratie nicht mehr Wertschätzung entgegenbringen, wenn wir die 100% der eigenen Stimme schon bei der Wahl auf verschiedene Parteien und politische Inhalte verteilen; und so den Traum leben wirklich miteinander zu wählen?

Positiv gesehen könnte die große Masse der NichtwählerInnen, vielleicht ja einfach nur zu friedliebend und weitblickend sein, um sich bei der Wahl dem Zwang zu unterwerfen, gegen den größeren Teil der politischen Betrachtungsmöglichkeiten zu entscheiden. .?

Träumen und gestalten wir Demokratie!

Demokratie soll das Miteinander und nicht das Gegeneinander fördern!

Die Möglichkeit dass **jede/r einzelne WählerIn** bei der eigenen Wahl und so alle **gemeinsam, wirklich vom Volk aus 100% der Demokratie** verteilen, kann dem Willen der WählerInnen letztendlich auch zu 100% gerecht werden.

Die Bildung einer Regierung, die mit der Identifikation der breiten Basis der Bevölkerung getragen wird und auch internationale Anerkennung findet, sollte dadurch entsprechend gewährleistet sein!

Träumen wir davon dass alle wahlwerbenden Parteien motiviert sind, statt ihre Potentiale im Wahlkampf gegen andere politische Anschauungen zu verschleudern, ihre Kraft und individuellen, politischen Inhalte für alle WählerInnen aller Bevölkerungsschichten ein- und umzusetzen; damit sich dadurch das demokratiepolitische Angebot der Zukunft verbessern kann!

Wünschenswert ist auch die Vorstellung, dass durch die Vorbildwirkung solcher politischen Prozesse, alle Menschen, welcher Weltanschauung sie auch zugehören, angeregt wären Ihre Energie nicht gegeneinander einzusetzen sondern dafür zu nützen den gemeinsamen Lebensraum miteinander zu gestalten und das friedliche Zusammenleben weltweit zu fördern!

Freuen wir uns über die gegebenen demokratischen Möglichkeiten und **gehen wir wählen - wozu wir das Wahlrecht haben !**

Träumen wir unsere Demokratie und wählen wir unsere Zukunft,
jeder Mensch nach eigenem Wissen & Gewissen,
das was sein Selbst für richtig wichtig haltet und Alle miteinander,
eine gemeinsame Welt!

Vielleicht erfüllt sich jener demokratische Traum
dass jeder Mensch seine eigene 100%ige Wahl hat!

~ ~ ~ Privatinitiative : Demokratiebewußtsein zum Wahlrecht ~ ~ ~

Vorschlag zur Demokratie-Reform.

10. März 2015

Wir verlangen:

- 1. VolksABSTIMMUNGEN statt unverbindlicher Volksbegehren oder -Befragungen!**
- 2. Offizielle Abstimmungsbroschüren mit allen Pro- und Kontra-Argumenten an alle Stimmbürger-innen!**
- 3. Obligatorische Volksabstimmungen ohne Unterschriftensammlung bei allen großen Investitionen und Änderungen der Bundes- oder/und Landesverfassung!**
- 4. Veto-Referenden fakultativ bei Gesetzesänderungen: Einleitung durch 10.000 Unterschriften, Sammlung ohne amtliche Beglaubigung, nachträgliche behördliche Prüfung.**
- 5. Volksinitiativen: Einleitung durch 10.000 Unterschriften, Sammlung ohne amtliche Beglaubigung, nachträgliche behördliche Prüfung.**
- 6. Regelmäßige vierteljährliche Volksabstimmungstermine an vier festgelegten Abstimmungssonntagen im Jahr.**
- 7. Direkte Demokratie durch Volksabstimmungen bundesweit, landesweit in den Bundesländern und auf Gemeindeebene, Einleitung mit niedrigen Unterschriften-Hürden!**

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach bald 100 Jahren Demokratie in Österreich ist eine Neujustierung der Verfassung(en) Richtung direkter Demokratie notwendig geworden. Das kann zwar nicht bedeuten, dass das Volk in jeder Frage (mit) zu entscheiden hat. Aber die Verfassung muss dem Volk die Rechtsmacht geben, einerseits generelle Normen (auf allen staatlichen Ebenen!) zu korrigieren, d.h. zu verändern oder aufzuheben, andererseits verbindliche Vorgaben für alle generellen Normen zu beschließen. Das Schweizer Modell könnte als Diskussionsgrundlage gute Dienste leisten.

Es liegt auf der Hand, dass ein Neuverständnis des Programmsatzes des Art. 1 B-VG (Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.) im Detail zahlreiche schwierige Fragen aufwirft. Es kann aber nicht so sein, dass dem Volk als wahren Souverän neben dem Ankreuzen auf einem Wahlzettel nur eine Art Petitionsrecht zugestanden wird. Ziel sollte eine vernünftige Kombination von repräsentativer und direkter Demokratie sein.

Unvermeidlich ist aus meiner Sicht, dass die politischen Parteien, Parlament und Regierung etwas von ihrer Allmacht an das Volk zurückgeben, das ihnen eigentlich erst ihre Macht übertragen hat.

Mit den besten Wünschen für eine gedeihliche Diskussion, Univ.Prof.i.R.
Dr. Herbert Wegscheider

Zur Sitzung vom 18.2.2015 bezüglich direkte Demokratie

Direkte Demokratie macht nur dort Sinn, wo es um Bürgerrechte geht, im unmittelbaren Lebensraum der Menschen. Dort wo es staatliche Interessen gibt, also Interessen zum Gesamtwohl der Bevölkerung, muss es einer Regierung vorbehalten bleiben, die richtigen Entscheidungen zu treffen, unter Berücksichtigung von Meinungen und Forschungsergebnissen von Experten. Das Volk ist oft nicht richtig informiert, lässt sich manipulieren und stellt Forderungen, die der Allgemeinheit schaden, die Menschenrechte verletzen und die den Staat gefährden

Als negatives Beispiel sei hier die Volksbefragung zur Wehrpflicht am 30. Januar 2013 gebracht, wo sich 59,7 % der Wahlbeteiligten, aus unberechtigten Sorgen um die Hilfsdienste für der Bevölkerung, für eine Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes ausgesprochen haben und damit nur den männlichen Personen weiter den Zwangsdienst verordnet haben, was gegen die Gleichbehandlung spricht und eigentlich verfassungswidrig ist.

Nochmals mit freundlichen Grüßen

Walter Hain

Sehr geschätztes Hohes Haus,
Sehr geehrte gewählte Volksvertreter,
Löbliches Parlamentspräsidium,

ich habe von der heutigen Enquete zur Demokratie-Reform erfahren - nota bene nicht aus der breiten Presse, sondern schlicht durch Mundpropaganda.
Da es mir aus terminlichen Zwängen leider unmöglich ist, an der Veranstaltung teilzunehmen, möchte ich auf diesem Wege gerne einige Gedanken "aus dem Volk" an Sie herantragen. Das mache ich auch in der Gewissheit, nicht für mich alleine sondern für einen Großteil der "schweigenden Mehrheit" zu sprechen.

NICHT das Volk muß die Politik verstehen, SONDERN DIE POLITIK HAT DAS VOLK ZU VERSTEHEN UND ZU ACHTEN!!

Ich darf die Verfassung zitieren: Das Volk ist der Souverän.

Daher ist auch das Volk genau genommen der DIENSTHERR der Politiker.

Alleine schon aus dieser Denkweise heraus hat es freundlichst eine Selbstverständlichkeit zu sein, daß das Volk in allen wichtigen Entscheidungen - und vor allem in Entscheidungen, die den Staat betreffen - gefragt, gehört und RESPEKTIERT zu werden hat.

Aus dieser Sicht heraus bleibt den Damen und Herren Politikern gar keine andere Wahl, als konsequenterweise eine Demokratie nach Vorlage der Schweiz - und zwar bis in die Gemeinden hinunter
- einzuführen.

Solange es Politiker gibt, die auch nur im geschlossenen Raum Sager wie: "das Volk ist dafür zu dumm" oder "da sind DIE (gemeint: das Stimmvolk) damit überfordert" von sich geben, darf niemand sich über zunehmende Radikalisierung auch der friedlichsten Menschen wundern.

Ich persönlich bin keineswegs radikal, aber ich bin seit Jahren zutiefst verärgert, mit welcher absoluten Sorglosigkeit (mit Verlaub gesagt, sogar Ignoranz) die Politik aller Farben und Richtungen nicht nur mit den Ressourcen Österreichs umgehen (Beispiele: Ausverkauf der Staatsbetriebe, Bankenrettungen, Spekulation mit Steuergeldern im Öffentlichen Dienst), und wie dreist die Bevölkerung unvollständig, falsch oder gar nicht informiert wird

Ich bin der Meinung, daß unsere Politiker, die eigentlich ja unseren, des Volkes Willen repräsentieren sollten, ebendieses Volk nicht als den Souverän, den eigentlichen Arbeit- und Sinnggeber der Politiker sehen, sondern als blosses Stimmvieh, das brav periodisch sein Kreuzchen macht und dann um Gottes willen schön Steuern zahlen soll, aber weiter nicht aufzufallen hat.

Ich bin nicht mehr bereit, dieser Art von Politik weiter zu folgen - und ich spreche auch den meisten Politikern das Mandat, das Volk zu vertreten, kategorisch ab.

Mit freundlichem Gruß

Thomas Rieder

Meine Stellungnahme zur Enquete-Kommission betreffend Stärkung der Demokratie in Österreich:

Direkte Demokratie macht nur dort Sinn, wo es um Bürgerrechte geht, im unmittelbaren Lebensraum der Menschen. Dort wo es staatliche Interessen gibt, also Interessen zum Gesamtwohl der Bevölkerung, muss es einer Regierung vorbehalten bleiben, die richtigen Entscheidungen zu treffen, unter Berücksichtigung von Meinungen und Forschungsergebnissen von Experten. Das Volk ist oft nicht richtig informiert, lässt sich manipulieren und stellt Forderungen, die der Allgemeinheit schaden, die Menschenrechte verletzen und die den Staat gefährden.

Walter Hain

Meine Stellungnahme zur Enquete-Kommission betreffend Stärkung der Demokratie in Österreich:

Ich habe mir den Initiativantrag [2177/A](#) durchgelesen. Für mich persönlich sinnlos.

Kurz zusammengefasst: Es wird das Volksbegehren etwas aufgewertet und BürgerInnen dürfen kurze Fragen (wenn sie die gesetzlichen Bedingungen erfüllt und überhaupt genehmigt wird) in einer Fragestunde stellen.

Das Volk kann wieder nicht direkt mitbestimmen! Soll heißen, es kann von den BürgerInnen aus keine Volksabstimmung eingeleitet werden, deren Ergebnis für die Regierung bindend ist.

Ich stimme der Veröffentlichung meiner Stellungnahme auf der Website des österreichischen Parlaments zu. Ich kann meine Zustimmung zur Veröffentlichung jederzeit widerrufen.

Rudolf Obenholzer

Parlamentsdirektion
Enqueten Kommission
Demokratie Parlament Wien
1017Wien

Langenwang, 25.01.2015

Vorschläge zu Demokratie-Reform

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe mich mit Mitspracherechte für die Bürger die es auf Gemeindeebene gibt, beschäftigt und bin überzeugt worden, es gibt die Macht die man haben will, noch nicht beim Bürger ist.

Da gibt es bei den Gemeinden den Willen nicht, den Bürger zu informieren.

Da gibt es zwar Gemeindezeitungen, die werden dazu benützt, unnützes Zeug, was einen Bürgermeister gefällt, zu publizieren. Es sollte jede Fraktion im GR. 1 Seite haben.

Es gibt nichts was in einer Gemeinderatssitzung beschlossen worden ist.

Welche Landes.- und Bundesgesetze beschlossen worden sind.

Mein Anliegen ist- Bürgerrechte die Selben alle in allen Bundesländern zur Anwendung kommen.

Beispiel: In OÖ hat der Gemeindebürger das Recht, bei der Gemeinderatssitzung Fragen stellen zu können.

In der Steiermark steht mir nur das Petitionsrecht zu. Was in der Beantwortung die Ablehnung des Anliegens nicht einmal begründet werden braucht.

Alle Anliegen die keine Mehrheit erhalten haben, werden Gemeindebefragungen zugeführt.

Ich hoffe ich konnte mit meinen Anliegen für Sie verständlich sein.

Freundliche Grüße



Bezüglich des **"qualifiziert unterstützte Volksbegehren"** bin ich der Meinung, dass der vorgeschlagene Gesetzestext wie ein Antrag im Parlament zu diskutieren, abzuändern und abzulehnen sein muss. Außerdem sollte die Schwelle deutlich höher zum Beispiel 25% bzw. 35% sein. Eine darüber hinausgehende verbindliche Volksbefragung halte ich für sehr problematisch.

Mit freundlichen Grüßen Mag. Georg Friedler